

**Rede des Abg. Müller-Meinungen.**

Ueber die politische Lage im Reich und in Bayern.

München, 21. Juni. (Priv.-Tel.)

Den M. N. N. wird aus Nürnberg telegraphiert:

Die Beratungen der fortschrittlichen Volkspartei in Bayern gelangten in der Sonntagssitzung zur Erörterung der politischen Lage im Reich und in Bayern.

An erster Stelle sprach Reichs- und Landtagsabgeordneter Dr. Müller-Meinungen-Sof, der unter anderem sagte:

Der einmütige Wille unserer Partei, treu durchzuhalten bis zum ehrenvollen Frieden, der unsere Zukunft in militärischer, wirtschaftlicher

und politischer Hinsicht sichert, könnte nicht schärfer dokumentiert werden, als durch die einstimmige Annahme einer Steuergesetzgebung, die wir in normalen Zeiten niemals mitgemacht hätten und gegen die wir sachlich die größten Bedenken hatten. Wir verwerfen andererseits eine Politik, die den Haß und die Feindschaft gegen Deutschland nur vermehrt, unsere Bundesgenossen vor den Kopf stößt und uns isoliert. Die Frage des U-Bootkrieges hat das deutsche Volk bis in seine Tiefen verbittert. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt der energischen Durchführung des U-Bootkrieges nach den Grundsätzen der Denkschrift vom 10. Februar 1916. Mit den anderen Parteien sind wir in tiefer Entrüstung einig darüber, daß die amerikanische Regierung seit Kriegsbeginn nur eine Schein-Neutralität erreicht, in Wirklichkeit aber offen Partei für England nahm. Auch uns ist die Person des Präsidenten Wilson nach seiner ganzen Haltung höchst unsympathisch und als Friedensvermittler geradezu zuwider.

Leider aber hat die U-Bootfrage sich zu einer leidenschaftlichen Krisis in unserem Volke selbst entwickelt. Eine Agitation, die weder vor der Person des Kaisers noch vor irgend einer anderen Halt machte, verwirrte das Volk. Die Folge dieser Treiberei ist eine Gefahr. Ich kann nur sagen, daß in den vertraulichen Sitzungen beim Reichskanzler wie in der Reichshaushaltungskommission wir einmütig die Ueberzeugung gewannen, daß die Regierung in der U-Bootfrage ihre volle Pflicht getan.

Es wird nicht gelingen, zu leugnen, daß mit anonymen und pseudonymen Denkschriften ein gefährlicher Unfug getrieben wurde. Die Zeit muß erleuchtet werden, über die Herkunft dieser Denkschriften in der Öffentlichkeit zu sprechen, selbst auf die Gefahr hin, daß bekannte, heute hochgeschätzte Personen dabei unter die Räder kommen. Die Volksvergiftung, die auch in Bayern, insbesondere in München, seit Monaten im großen betrieb wurde, ist nun endlich vom Reichskanzler erkannt. In der anonymen Broschüre des Junius alter spricht ein Mann, der die engsten Beziehungen zu hohen militärischen und politischen Stellen hat, der in Dinge eingeweiht ist, die wir auf das Aengstlichste geheim zu halten verpflichtet worden sind. Das ist ein Schlag der Kleinen aber mächtigen Partei, die stets nach dem Rezepte gehandelt hat: „Und der Kaiser absolut, wenn er unsern Willen tut.“ Eine falsche Geheimnisträumerei bedroht uns mit dem Kampfe aller gegen alle. Sie erfüllt das Volk mit größter Verwirrung und arbeitet für unsere Feinde.

Hier hat die Regierung eine gewisse Mitschuld. Die Art, in der die politische Zensur durchgeführt wird, ist ein Krebsgeschaden. Sie ist unhaltbar. Hier hilft nur eine reichsgesetzliche Beschränkung der Militärgewalt durch Aenderung des Belagerungszustandsgesetzes. Als wir nach der Baberner Affäre diese Scheidung zwischen Zivil- und Militärgewalt herbeiführen wollten, ließen uns gerade jene Parteien, die heute so demokratische Töne über die Zensur anstimmen, völlig im Stich.